nommenen Perspektiven nie bei einer Reflexion auf das Recht stehen geblieben ist. Vielmehr hat er deutlich gemacht, dass die Frage nach dem Recht immer auch eine politische Frage ist.

Hugh V. McLachlan: Social Justice, Human Rights and Public Policy. Glasgow: Humming Earth 2005, 179 S., € 53,50 gebunden, € 24,90 broschiert.

Ruth Zimmerling

Hugh McLachlan, Dozent an der Glasgow Caledonian University und bisher vor allem mit wissenschaftstheoretischen und bioethischen Publikationen hervorgetreten, zuletzt aber auch mit Werken zur Geschichte der Hexenverfolgung, hat ein höchst idiosynkratisches Buch geschrieben, dessen Inhalt potentiellen Lesern durch den Titel unzureichend angekündigt wird. Vor allem letzteres lässt es angemessen erscheinen, den Band kurz vorzustellen.

1994 legte die britische *Commission on Social Justice* (der Persönlichkeiten wie u. a. Bernard Williams angehörten) ihren Bericht „Social Justice: Strategies for National Renewal“ vor. Der Hauptteil von McLachlans Buch (Kap. 6-15) bietet nun, gut zehn Jahre später, kritische Auseinandersetzungen mit verschiedenen Teilen dieses Berichts, vor allem zu bildungs-, gesundheits-, gleichstellungs-, wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen.

Das Anliegen des Bandes und die Hauptstoßrichtung der Argumentation werden im einleitenden Kap. 1 skizziert. In Kap. 2 weist McLachlan erst einmal jeden Verdacht von sich, dass seine Kritik des „modernistischen“ Berichts postmodern inspiriert sein könnte, um dann in den Kap. 3-5 zur Vorbereitung der nachfolgenden kritischen Kapitel seine eigenen Grundideen von Gerechtigkeit und Fairness, vom Ursprung und Status von Rechten und von der Rolle zu präsentieren, die Gerechtigkeit, Fairness und Rechte in politischen Programmen zukommen sollte. Er wirft mit alledem zweifellos wichtige Fragen auf, die er jedoch ohne eine systematische Auseinandersetzung mit der dazu existierenden umfangreichen Literatur (die Bibliographie am Ende des Bu-

ches besteht etwa zur Hälfte aus Publikationen von McLachlan selbst) – dafür aber mit einem gewissen missionarischen Impetus – beantwortet. Kap. 16 beschließt den Band mit Schlussfolgerungen, die auf ein Plädoyer für einen Ansatz hinauslaufen, den der Autor „Alldependence“ („it all depends“ – im expliziten Unterschied zu „anything goes“) nennt: „If there is a moral, or even a human right to X it might but it might not be wise to implement a public policy which reflects or supports this right“ (167 ff.). Dem lässt sich schwerlich widersprechen.

REGIERUNGSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Helge Lothar Batt: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich 2003, 456 S., € 45,-.

Robert Chr. van Ooyen: Der Begriff des Politischen des Bundesverfassungsgerichts. Berlin: Duncker & Humblot 2005, 254 S., € 71,80.

Georg Zenkert: Die Konstitution der Macht. Tübingen: Mohr Siebeck 2004, 454 S., € 79,-.

Klaus Grimmer

Die Deutsche Politikwissenschaft tut sich schwer mit der Verfassungspolitik. Zwar gibt es in der DVPW Sektionen und Arbeitskreise (z. B. Regierungssystem und Regieren in der BRD, Staatslehre und politische Verwaltung), welche verfassungspolitische Fragen aufnehmen; und auch zwei Ad-hoc-Gruppen (Menschenrechte, Verfassung und Politik) widmen sich dezidiert verfassungspolitischen Themen. Aber der wissenschaftliche Ertrag auf diesem Feld ist begrenzt, und eine spezifisch politikwissenschaftliche Herangehensweise an verfassungspolitische Probleme hat sich kaum entwickelt, so auch keine politikwissenschaftliche Theorie des Grundgesetzes.

Dies ist umso erstaunlicher, als die Wiederbegründung der Politikwissenschaft in